



TANINEN MAJURY / DPA

ton sprachen sich zwar gelegentlich für Beschränkungen aus, erwähnen das Thema aber möglichst selten. Sie unterstreichen ebenfalls das Bürgerrecht auf Pistole und Gewehr – um sich nicht mit den zahlreichen US-amerikanischen Waffennarren anzulegen. Vor dem Obersten Gerichtshof beginnt zudem im März ein Grundsatzerfahren, welches klären soll, ob das strenge Waffenverbot in der Hauptstadt Washington überhaupt verfassungskonform ist. Es gilt bereits als großer Erfolg der Waffenlobby, dass sich die Kammer mit dieser Frage auseinandersetzt.

SIMBABWE

Neuer Herausforderer

Robert Mugabe, 83, hat beste Chancen, aus der Präsidentschaftswahl am 29. März als Sieger hervorzugehen – kein gutes Omen für das leidgeprüfte Land. Zwar ist ihm mit Simba Makoni, einem einstigen Vertrauten, ein Gegenkandidat aus den eigenen Reihen erwachsen. Doch hat Mugabe in den vergangenen Jahren oft genug Wahlergebnisse zu seinen Gunsten fälschen lassen. Großen Druck seiner Gegner muss er auch diesmal nicht fürchten. Denn Makoni, der den unzufriedenen Flügel der Staatspartei repräsentiert, gelang es bisher nicht, mit der ohnehin zerstrittenen Opposition ein Bündnis zu schmieden. Morgan Tsvangirai, Chef der Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC), sagte ihm ab: Makoni sei ein Vertreter des alten Regimes und damit verantwortlich für Elend und Unterdrückung im Land. Diese Brüskierung sei ein Fehler, glauben Experten wie Sydney Masamvu von der International Crisis Group. Nur ein Bündnis beider MDC-Fraktionen mit Makoni könne Mugabe ernsthaft gefährden. Der Diktator hat das Land in 28 Jahren gründlich

heruntergewirtschaftet. Simbabwe ist inzwischen international isoliert und von westlicher Entwicklungshilfe weitgehend abgeschnitten. Täglich fliehen Tausende Menschen nach Südafrika und Sambia, die Inflation erreichte vergangene Woche den Weltrekordwert von mehr als 66 000 Prozent. Vorsichtshalber ließ Mugabe schon mal seine berüchtigten Sicherheitskräfte mobilisieren. Proteste unzufriedener Untertanen will er mit Gewalt unterdrücken. So hat er es in den vergangenen zehn Jahren nach jeder Wahl gehalten.



DESMOND KWANDE / AFP

Makoni

DÄNEMARK

Geistiges Dynamit

Sein Leben empfand Kurt Westergaard, 73, zuletzt als „mausgraue Depression“. Monatlang musste er sich mit der Familie an wechselnden, streng geheimen Wohnorten aufhalten, gut bewacht von der Polizei. So heikel war die Sicherheitslage für den Karikaturisten, der mit seinem Mohammed-Cartoon vor gut zwei Jahren einen Proteststurm in der islamischen Welt mitausgelöst hatte, dass die Behörden zu besonderen Maßnahmen griffen: Auf der Geburtstagsfeier für seine Frau im vergangenen Dezember servierte als Kellner ein Sicherheitsbeamter den 50 Gästen das Essen, zwei Polizisten lauerten im Schuppen des Hauses.

Am vorigen Donnerstag hatte das Verstecken für den Zeichner ein Ende. „Ich bin zu alt und zu starrköpfig, um mich noch zu beugen“, sagte Westergaard im

dänischen Fernsehen. Vor laufender Kamera berichtete er erstmals über seine Situation und „eine der fürchterlichsten Bedrohungen auf der Welt“ – Terroristen, die „ihr geistiges Dynamit aus dem Islam beziehen“.

Zwei Tage zuvor hatte der Polizei-Geheimdienst PET ein angebliches Mordkomplott gegen ihn öffentlich gemacht.



PREBEN HUPFELD / SCANPIX / DANAPRESS

Westergaard

Drei Männer in seiner Heimatstadt Århus, zwei tunesische Zuwanderer und ein Däne marokkanischer Herkunft, wurden festgenommen. Ein Dutzend dänischer Zeitungen druckte daraufhin aus Solidarität Westergaards Karikatur nach, jene Zeichnung, die Mohammed mit einer Bombe und brennender Zündschnur im Turban zeigt. Und wieder gab es Proteste, wurden Autos und dänische Flaggen angezündet, selbst im fernen Pakistan.

Die Reichspolizei spricht von einer „sehr ersten Sache, die die Sicherheit des Landes berührt“. Kritiker bezweifeln allerdings, ob das Material des Geheimdienstes für ein Strafverfahren reicht. Die Behörden mussten den verdächtigen Dänen inzwischen freilassen, die beiden anderen sollen ohne gerichtliches Verfahren ausgewiesen werden. Westergaard fühlt eine „rasende Wut“: Er habe nur seine „Arbeit getan“ und werde dafür „wohl nie wieder ein freier Bürger sein“.